
Helmut Kohl

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Dr. Helmut Kohl, geb. 1930 in Ludwigshafen, ist Vorsitzender der CDU und Bundeskanzler.

Europa einen und den Frieden sichern

Wir leben in einer Zeit der politischen und wirtschaftlichen Umbrüche. Das zu Ende gehende Jahrhundert hat mit zwei Weltkriegen, mit Diktaturen, Verfolgung und Vertreibung viel Elend und Schrecken über die Menschen gebracht, aber auch eine neue Phase des Friedens, der Freiheit und des nie zuvor gekannten Wohlstandes in den westlichen Demokratien. Europa wächst zusammen, der Kalte Krieg konnte beendet und die deutsche Einheit erreicht werden. Nach 40 Jahren der staatlichen Teilung leben wir Deutschen nunmehr gemeinsam in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Wie nie zuvor in unserer wechselvollen Geschichte haben wir heute die Chance, in Frieden, Freiheit und Freundschaft mit all unseren Nachbarn die Zukunft zu gestalten.

Im Zentrum steht dabei für mich die Einigung Europas. Die schrecklichen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien zeigen, daß Krieg, Haß und Gewalt nicht für immer aus Europa verschwunden sind. Friede und Freiheit sind keine milden Gaben, die vom Himmel fallen. Wir müssen daher das Haus Europa wetterfest machen und im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden auf unserem Kontinent schaffen. Dies ist unsere historische Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Die europäische Einigung ist zugleich Grundlage für das wirtschaftliche Wohlergehen unseres Landes. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist der Aufschwung unserer Wirtschaft entscheidend geprägt von der europäischen Einigung. 1957 exportierten deutsche Unternehmer Waren und

Dienstleistungen im Wert von 14 Mrd. DM in die Länder der heutigen Europäischen Union. Im vergangenen Jahr waren es Exporte im Wert von fast 300 Mrd. DM. Millionen Arbeitsplätze in Deutschland hängen unmittelbar vom freien Waren- und Dienstleistungsverkehr mit den Staaten der Europäischen Union ab.

In einem kommenden „Europa der 16“ mit seinen über 370 Millionen Menschen liegt Deutschland im Zentrum eines der wichtigsten Wirtschaftsräume der Welt. Hiermit vergleichbar sind lediglich die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA mit 360 Millionen und der ASEAN-Raum mit 320 Millionen Menschen. Nur im festen Verbund mit unseren europäischen Nachbarländern werden wir unsere Position als Welthandelsnation auch in Zukunft behaupten können. Auch deshalb liegt für mich die deutsche Zukunft in einem geeinten und größeren Europa, das auch unsere östlichen Nachbarn einbeziehen soll.

Die Bundesregierung hat erreicht, daß die soziale Dimension der Europäischen Union größeres Gewicht erhält. Es geht nicht nur um die europäischen Finanzmärkte und Warenströme, sondern ganz entscheidend um ein Europa der Arbeitnehmer. Hierfür braucht die soziale Dimension Europas neue Impulse. Dabei will ich während unserer gegenwärtigen Präsidentschaft an das anknüpfen, was wir bei unserer letzten Präsidentschaft in die Wege geleitet haben. Die Arbeitnehmer sollen wissen, daß erreichte soziale Standards nicht auf dem Altar eines vermeintlichen Harmonisierungszwanges geopfert werden. Gewachsene Strukturen - vor allem im Bereich der sozialen Sicherheit - sind tief in der Tradition der Völker verwurzelt. Daher wollen wir Schritt für Schritt soziale Mindestbedingungen verwirklichen und das Niveau der Nachzügler anheben.

Europa stellt uns zugleich neue und andersartige soziale Aufgaben. So ist es erforderlich, die Mobilität von Arbeitnehmern in Europa sozialpolitisch zu flankieren und zu gewährleisten, daß beispielsweise die Entsendung von Arbeitnehmern von einem Land ins andere nicht zu sozialem Dumping im Gastland führt. Außerdem muß gesichert werden, daß europaweit operierende Unternehmen ihre Arbeitnehmer informieren und konsultieren. Es ist nicht einzusehen, weshalb im zusammenwachsenden Europa Informationen von zentraler Bedeutung nur deshalb die Arbeitnehmer nicht erreichen, weil zwischen dem Management und ihnen eine Staatsgrenze verläuft. Deshalb hat sich die Bundesregierung von Anfang an für eine Richtlinie Europäische Betriebsräte eingesetzt.

Nachdem es auf dem letzten Rat der Arbeits- und Sozialminister der Europäischen Union gelungen ist, zu einem gemeinsamen Standpunkt zum Richtlinienentwurf Europäische Betriebsräte zu gelangen, sehe ich jetzt eine realistische Chance auf schnelle Verwirklichung. Ich bin zuversichtlich, daß auch in den oberen Etagen internationaler Unternehmen erkannt wird, daß Europäische Betriebsräte konstruktive Begleiter der europäischen Wirtschaftsprozesse sein können.

Im weltweiten Wettbewerb bestehen

Unsere Wirtschaft steht in einem deutlich verschärften internationalen Wettbewerb. Viele Industrieländer, vor allem in Nordamerika und Ostasien, treiben mit großem Nachdruck die Modernisierung ihrer Wirtschaft voran. Die neuen Konkurrenten aus Asien bieten heute Produkte vergleichbarer Qualität zu niedrigeren Preisen an.

Doch auch unmittelbar vor unserer Haustür, in Mittel- und Osteuropa, entwickeln sich leistungsfähige Wettbewerber. Ich denke an Länder wie Polen, die Tschechische Republik oder Ungarn. Dort wird zu einem Bruchteil unserer Kosten produziert. Die Integration der Reformstaaten in die Weltwirtschaft ist aber der einzige vernünftige Weg. Niemand von uns will, daß der Aufbruch in diesen Ländern zu Demokratie und Marktwirtschaft scheitert. Einen Rückfall in alte Machtstrukturen und militärische Rivalitäten wäre eine Katastrophe. Daher setzen wir auf die Demokratisierungsprozesse im Osten unseres Kontinents und auf eine wirtschaftliche Festigung dieser Länder.

Deutschland hat in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Hinsicht nach wie vor viele Stärken. Wir müssen jedoch zur Kenntnis nehmen, daß andere aufgeholt und in mancher Hinsicht auch zum Überholen angesetzt haben. Wir werden unsere gute Ausgangsposition im globalen Wettbewerb deshalb nur behaupten können, wenn wir zum Umdenken bereit sind und unsere Stärken konsequent ausbauen. Nur mit mehr Flexibilität und Veränderungsbereitschaft, mit einer leistungsfähigen Forschung, mit modernsten Produkten und beständiger Innovation werden wir auch in Zukunft auf den Weltmärkten bestehen können.

Wirtschaftliche Entscheidungen müssen eingebunden sein in die Verantwortung für das ganze Land. Dies gilt auch für Tarifabschlüsse. Die in wichtigen Branchen getroffenen Vereinbarungen über Löhne und größere betriebliche Spielräume bei der Arbeitszeitgestaltung sind eine gute Grundlage zur Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung. Daß sich Tarifabschlüsse am Beschäftigungsziel und den gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten und Erfordernissen orientiert haben, zeigt gerade in diesem Jahr eindrucksvoll, daß die Gewerkschaften zur Mitverantwortung für unsere Zukunft bereit und in der Lage sind.

Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung sind tragende Säulen des sozialen Friedens in unserem Land. Ihnen verdankt der Standort Deutschland einen guten Teil seiner wirtschaftlichen und sozialen Stärke. Wir tun gut daran, diese Säulen auch für die Zukunft tragfähig zu erhalten.

Spitzenleistungen in Forschung und Technik sind wesentliche Voraussetzungen für zukunftssichere Arbeitsplätze. Heute wird in den Forschungslabors und in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen über unsere Arbeitsplätze von morgen entschieden. Deswegen wollen wir nicht nur die Mittel für Forschung und Technologie erhöhen, sondern auch durch einen verstärkten

Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Innovationspotentiale stärken und ihre Umsetzung in marktfähige Produkte beschleunigen.

Forschungs- und Innovationskraft sind aber nicht nur eine Frage des Geldes. Sie brauchen ebenso ein für Neues aufgeschlossenes gesellschaftliches Klima. Gerade den jungen Menschen müssen wir wieder stärker das Gefühl vermitteln, daß technologische Spitzenleistungen etwas sind, auf das wir stolz sein können — so wie uns auch sportliche Spitzenleistungen ganz selbstverständlich mit Stolz erfüllen.

Kurs halten mit einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik

Wiedervereinigung und Rezession der Weltwirtschaft haben unsere Staatsfinanzen bis zum äußersten beansprucht. Milliarden mußten und müssen in den Aufbau der neuen Länder investiert werden. Dies sind Investitionen in die Zukunft aller Deutschen. Nach dieser historisch einmaligen Situation muß jetzt die Nettokreditaufnahme des Staates deutlich zurückgeführt und die Konsolidierung der Staatsfinanzen konsequent fortgesetzt werden. Diesen Willen hat die Bundesregierung mit der Vorlage von Bundeshaushalt und mittelfristiger Finanzplanung eindeutig bekräftigt.

Zu unserem klaren Konsolidierungskurs gibt es keine seriöse Alternative. Konsequente Sparpolitik sichert Preisstabilität und die Stabilität unserer Währung. Bei der Teuerungsrate haben wir jetzt wieder eine Zwei vor dem Komma erreicht. Dies ist eine gute Nachricht, vor allem für die Bezieher niedriger Einkommen, für Rentner und Sparer. Entschiedene Inflationsbekämpfung ist für mich Teil einer wirksamen Sozialpolitik.

Konsequente Sparpolitik zeigt auch bei den Zinsen positive Wirkung. Die Deutsche Bundesbank konnte mehrfach die Leitzinsen senken, was den Investoren, Bauherrn und nicht zuletzt den Konsumenten zugute kommt. Unsere Politik genießt auch in der internationalen Finanzwelt unverändert großes Vertrauen. Dies beweist unsere ungebrochen harte D-Mark.

Zum Thema Sparen gehört auch die Bekämpfung des Mißbrauchs bei den Sozialleistungen. Hier zeigt die von der Bundesregierung gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit, mit Gewerkschaften und Arbeitgebern im Frühjahr vergangenen Jahres initiierte Offensive beeindruckende Erfolge. Mit gleicher Schärfe gehen wir auch gegen Steuer-, Subventionsbetrug und Spesenritterturnvor.

Unsere Politik für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Arbeit ist mehr als Broterwerb: Arbeit eröffnet Lebenschancen. Nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch CDU und CSU im Jahr 1982 sind in unserem Land mehr als drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Diese Gemeinschaftsleistung

wollen wir wiederholen. Wir wollen den Aufschwung durch eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft sichern und für dauerhaftes Wachstum sorgen. Arbeitsplätze entstehen nicht durch Verteilung des Arbeitsplatzmangels. Vielmehr können wir neue und sichere Arbeitsplätze nur dadurch schaffen, daß wir die Struktur- und Kostenprobleme überwinden und die Innovations- und Investitionskräfte der deutschen Wirtschaft stärken.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und dem 30-Punkte-Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung konkrete Maßnahmen dazu eingeleitet. Im Zuge der Deregulierungsoffensive konnten die Planungs- und Genehmigungsverfahren im Bau- und Verkehrsbereich erheblich verkürzt werden. Damit die vorhandenen Kapazitäten besser genutzt werden können, haben wir mit dem Arbeitszeitrechtsgesetz die Möglichkeiten zur Entkoppelung der Arbeits- und Maschinenlaufzeit ausgeweitet. Die damit erreichten flexibleren Betriebszeiten senken die Kapitalkosten und sichern Arbeitsplätze. Zugleich erleichtern sie individuelle Arbeitszeitmodelle.

Durch Flexibilisierung der Arbeitszeiten können zusätzliche Beschäftigungspotentiale eröffnet werden, die wir dringend benötigen. Durch klügere Arbeitsorganisation können die Produktivität erhöht und Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier kommt der Teilzeitarbeit eine wichtige Rolle zu. Die Bereitschaft von über zwei Millionen Vollzeitbeschäftigten, auf Teilzeit umzusteigen, zeigt das hier bestehende Beschäftigungspotential, das nicht annähernd ausgeschöpft ist.

Natürlich ist Teilzeitarbeit kein Patentrezept und natürlich weiß ich, daß wir mit Verbesserungen im Bereich der Teilzeitarbeit nicht das Problem der Arbeitslosigkeit als Ganzes lösen können. Aber es ist ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung.

Wir haben daher die gesetzlichen Rahmenbedingungen für mehr Teilzeitarbeitsplätze deutlich verbessert. Der öffentliche Dienst muß seiner Vorbildfunktion noch stärker gerecht werden. Die in den Unternehmen Verantwortlichen sind gefordert, Initiativen zu ergreifen und mehr Teilzeitarbeitsplätze anzubieten. Ich freue mich, daß die Gewerkschaftsführung den Arbeitgebern Gespräche über Möglichkeiten der flexibleren Arbeitszeitgestaltung angeboten hat. Gemeinsam können wir nicht nur erhebliche Arbeitsplatzpotentiale aktivieren, sondern auch einen entscheidenden Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt leisten, indem wir Arbeitszeiten stärker auf die privaten und familiären Wünsche der Beschäftigten abstimmen.

Unser arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium wurde in den vergangenen Jahren ausgebaut und verfeinert. Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüsse, Förderprogramme für Schwervermittelbare - dieses Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes bewährt sich und trägt zur Entspannung auf dem Arbeitsmarkt bei. Durch die aktive Arbeitsmarktpolitik haben wir im vergangenen Jahr rund

zwei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Ziel aller Bemühungen muß es allerdings bleiben, Beschäftigung zu regulären Bedingungen zu erreichen. Nicht die dauerhafte Etablierung eines zweiten Arbeitsmarktes, sondern Einstiegshilfe in den ersten Arbeitsmarkt ist die Zweckbestimmung unserer Arbeitsmarktpolitik.

Die Schöpfung bewahren

Es ist unsere Verantwortung, die natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen zu bewahren. Beim Umweltschutz sind alle gefordert: Politik und Wirtschaft, Verbände und Verbraucher. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit ihrer Umweltpolitik international führend. Dennoch sind zusätzliche Anstrengungen notwendig. Dazu werden wir die ökologische Dimension der Sozialen Marktwirtschaft verstärken.

Unser Ziel ist die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Dies ist erreichbar, wenn wir die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft nutzen, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt sicherzustellen. Mit ökologisch ehrlichen Preisen stärken wir die Eigeninitiative und das Eigeninteresse von Herstellern wie Verbrauchern an mehr Umweltschutz. Wir wollen keinen ökologischen Dirigismus, sondern durch die Vorgabe von Umweltqualitätszielen die Verfahren beschleunigen und Verwaltungshemmnisse abbauen.

Umweltgefährdungen machen vor Ländergrenzen nicht halt. Die großen Aufgaben wie Schutz des Klimas, der Meere, der Tropenwälder und des Bodens verlangen internationale Zusammenarbeit. Euer werden wir weitere Initiativen ergreifen und unserer Vorbüdfunktion gerecht werden.

Die innere Einheit Deutschlands vollenden

Neben der Sicherung bestehender und der Schaffung neuer Arbeitsplätze bleibt die Vollendung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands auch in der kommenden Legislaturperiode ein Kernanliegen der Christlich Demokratischen Union.

Für die meisten Menschen in den neuen Bundesländern haben sich innerhalb kürzester Zeit praktisch die gesamten Lebensbedingungen geändert. Ich kann die Sorgen und Ängste der Menschen gut verstehen, die damit verbunden waren und sind.

Über 40 Jahre Teilung, über 40 Jahre kommunistische Diktatur haben tiefe Spuren hinterlassen. In diesen vier Jahrzehnten haben wir Deutschen uns in Ost und West in vielem weiter auseinandergelebt, als wir — auch ich persönlich — geglaubt haben. Entscheidend ist daher, daß wir uns auf unsere Gemeinsamkeiten besinnen. Unsere wichtigste Bewährungsprobe besteht jetzt darin, daß wir behutsam und geduldig aufeinander zugehen und Verständnis für unsere jeweils unterschiedlichen Lebenserfahrungen aufbringen.

Die Vollendung der inneren Einheit ist eine Aufgabe, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt. Dabei steht fest, daß wir knapp vier Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes bereits große Fortschritte erzielt haben. Der wirtschaftliche Aufbau kommt trotz aller Schwierigkeiten und gelegentlicher Rückschläge deutlich voran.

Ohne die engagierte Arbeit der Gewerkschaften und Betriebsräte vor Ort wäre die Bewältigung des Strukturwandels in den neuen Ländern noch schwieriger und härter für die Betroffenen gewesen. Ich möchte deshalb allen meinen großen Respekt und Dank aussprechen, die die wirtschaftliche Neustrukturierung begleitet und unterstützt haben.

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern befindet sich 1994 im dritten Jahr hintereinander auf Wachstumskurs. Wirtschaftsforschungsinstitute gehen mittlerweile von einem Wirtschaftswachstum von über 8 Prozent in diesem Jahr aus. Nirgendwo sonst in Europa sind ähnliche wirtschaftliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Region Leipzig etwa hat mit 17 Prozent das mit Abstand höchste Wirtschaftswachstum in Europa.

Der Schlüssel für neue Arbeitsplätze liegt bei den Investitionen. In diesem Jahr werden die privaten und öffentlichen Investitionen in den neuen Bundesländern erneut steigen und rund 160 Mrd. DM betragen. Damit erreichen die privaten Investitionen je Einwohner 115 Prozent und die öffentlichen Investitionen je Einwohner 150 Prozent des Westniveaus. Für 1994 werden rund 100 000 Baugenehmigungen im Wohnungswesen erwartet. Dies sind viermal so viel wie noch vor zwei Jahren. In neue Infrastrukturen, neue Fabriken und moderne Maschinen sowie in Wohnungen fließen Mittel in einer Größenordnung von mehr als der Hälfte des ostdeutschen Bruttoinlandsproduktes. Das ist ein höherer Investitionsanteil als es ihn je in der alten Bundesrepublik gegeben hat.

Ein wichtiger Bereich, in dem Wirtschaft und Gesellschaft besonders gefordert sind, ist das Lehrstellenangebot. Es ist unverzichtbar, daß wir allen jungen Leuten in den neuen Ländern Ausbildungsplätze anbieten. Wirtschaft und Gesellschaft können so zeigen, daß sie ihre Verantwortung für die Zukunft der Jugendlichen ernst nehmen. Die Ausbildungsfrage ist eine wichtige Herausforderung für unser Gemeinwesen: Jugendliche, deren erste Erfahrung nach der Schulzeit die ist, daß es keine Lehrstelle für sie gibt, werden kein Vertrauen in Staat und Gesellschaft entwickeln. Daher wird die Bundesregierung — wie in den Jahren zuvor — alles in ihrer Macht Stehende tun, daß jedem Jugendlichen auch in diesem Jahr ein Ausbildungsplatzangebot gemacht werden wird. Mit unserer Ausbildungsinitiative werden 12 000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze bereitgestellt.

Noch große Sorgen bereitet mir die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Dennoch sind auch hier Zeichen der Besserung erkennbar. Die Zahl der offenen Stellen nimmt spürbar zu; endlich entstehen mehr neue Arbeitsplätze als alte wegfallen. Im Baugewerbe, im Dienstleistungssektor und nun auch in

der industriellen Produktion können wir einen deutlichen Aufschwung verzeichnen.

Ich mag mich im Zeitmaß, wie schnell blühende Landschaften entstehen, geirrt haben. Im Weg, bei den Maßnahmen und vor allem beim Ziel habe ich mich nicht geirrt. Und das jetzt allerorten erkennbare Aufblühen wäre nicht erreicht worden, hätten wir nicht mit aller Kraft die politische und ökonomische Einheit vorangetrieben. Der eingetretene Aufschwung Ost rechtfertigt bei allen noch zu lösenden Problemen eine optimistische Prognose. In den neuen Bundesländern ist die modernste Wirtschaftsregion Europas im Entstehen.

Soziale Sicherheit für unsere Bürger

Unser System der Sozialversicherung ist über 100 Jahre alt. Es hat sich auch in schlimmsten Krisen bewährt. Es wird sich auch in Zukunft bewähren. Mit der großen Rentenreform unter Konrad Adenauer wurde 1957 das deutsche Rentensystem auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage gestellt. Die Renten werden seitdem dynamisch an die Lohnentwicklung angepaßt.

Mit dem Rentenreformgesetz 1992 haben wir in überparteilichem Konsens die Voraussetzung dafür geschaffen, daß auch unter veränderten demographischen Bedingungen die Renten sicher und finanzierbar bleiben. Die Rentenversicherung steht auf soliden Fundamenten. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten kann im kommenden Jahr sogar um 0,6 Prozentpunkte von jetzt 19,2 Prozent auf 18,6 Prozent im Jahr 1995 gesenkt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden dadurch um mehr als 8 Mrd. DM entlastet.

Auch in Zukunft bleiben für die CDU die Renten wohlverdienter Alterslohn für Lebensleistung und sichern einen angemessenen Lebensstandard. Die Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten und ihre Finanzierung im Rahmen des Generationenvertrages bleiben erhalten. Damit nimmt die ältere Generation auch zukünftig am Einkommenszuwachs der erwerbstätig Versicherten teil.

Mit Nachdruck ist die CDU dafür eingetreten, daß unser Rentenversicherungssystem und unsere Kriegsopferversorgung zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf die neuen Bundesländer übertragen wurden. Aus Gesprächen mit älteren Menschen in den neuen Ländern weiß ich, daß sich gerade die Rentner als Gewinner der deutschen Einheit empfinden. Von Juni 1990 bis Juli 1994 sind die Versichertenrenten in den neuen Bundesländern im Durchschnitt auf das 2,5fache gestiegen. Nach Abzug der Preissteigerungen hegt die Kaufkraft der Renten im Durchschnitt etwa 65 Prozent höher als im ersten Halbjahr 1990. Erstmals erhalten 150 000 Witwen, die zu DDR-Zeiten nichts bekamen, eine Rente; bei 870 000 Witwen hat sich die Monatsrente beträchtlich erhöht.

Mit dem Rentenreformgesetz 1992 wurde auch der eingeschlagene Weg der Unterstützung von Familien und Anerkennung der Kindererziehung konse-

quent weitergeführt. So wurde für ab 1992 geborene Kinder die Kindererziehungszeit auf drei Jahre aufgestockt; für Geburten vor 1992 wurden Kinderberücksichtigungszeiten von bis zu 10 Jahren eingeführt. Erstmals in der Geschichte der deutschen Rentenversicherung werden Erziehungsleistungen rentenwirksam anerkannt.

Wir haben ein weltweit anerkanntes Gesundheitswesen aufgebaut. Auch in Zukunft wird jeder Bürger alle medizinisch notwendigen Leistungen erhalten. Ziel unserer Reformen ist die bestmögliche Versorgung aller Bürger bei vertretbaren Beitragssätzen. Wir haben den starken Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen gebremst, so daß jetzt auch hier die Beiträge gesenkt werden können.

Soziale Pflegeversicherung - Erfolg für alle

Für alle ist es ein großer Erfolg, daß die fast zwanzigjährige Diskussion um die Absicherung des Pflegerisikos nun — dank der Beharrlichkeit und Standfestigkeit vor allem von Norbert Blüm - ein gutes Ende gefunden hat. Mit der Einführung der sozialen Pflegeversicherung haben wir die Situation von mehr als eineinhalb Millionen Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen nachhaltig verbessert. In der stationären Pflege wird die Abhängigkeit von der Sozialhilfe, die bisher der Regelfall war, wieder zur Ausnahme werden.

Ich bin sehr froh darüber, daß diese Lücke im Netz unserer sozialen Sicherung geschlossen wurde. Dies ist praktizierte Solidarität und Ausweis der Fähigkeit zum Umbau unseres Sozialstaates. Unser Sozialstaat muß die Fähigkeit bewahren, auf neue Herausforderungen Antwort zu geben und auch sogenannte Besitzstände in Frage zu stellen, deren Bedeutung gemessen am sozialen Sicherungsbedürfnis der Menschen an Gewicht verliert.

Zukunft sichern für unsere Familien

Die Stärkung und der Schutz von Ehe und Familie und die Anerkennung der Familienarbeit waren und sind Wesenselemente christlich-demokratischer Politik. In Bund und Ländern hat die CDU ihr Bekenntnis zur Familie durch vielfältige Maßnahmen untermauert. Wir haben in den fünfziger und sechziger Jahren ein umfassendes System der Familienförderung geschaffen, von der Einführung des Kindergeldes bis hin zur Förderung von Wohnungseigentum für die Familien.

Mit der Regierungsübernahme 1982 haben wir als erstes den dualen Familienlastenausgleich mit steuerlichem Kinderfreibetrag und Kindergeld wieder eingeführt und seither mehrfach verbessert. Seit 1986 gibt es das Erziehungsgeld und den Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie. Auch diese Leistung ist seither mehrfach auf jetzt drei Jahre Erziehungsurlaub und zwei Jahre Erziehungsgeld verbessert worden. Neu eingeführt und schrittweise ausgebaut wurde schließlich die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung.

Trotz der erreichten Fortschritte kann und wird es in der Familienpolitik keinen Stillstand geben. An erster Stelle steht dabei in der kommenden Legislaturperiode die Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs. Hierzu gehören die Verbesserung der steuerlichen Förderung der Familie, die stärkere Ausrichtung der Transferleistungen für Familien an Einkommen und Kinderzahl und die kontinuierliche Anpassung des Familienleistungsausgleichs an die wirtschaftliche Entwicklung.

Dialog mit den Gewerkschaften

Unsere junge Generation hat wie keine Generation vorher die berechtigte Hoffnung, Zeit ihres Lebens in Frieden und Freiheit leben zu können. Nach 40 Jahren der Trennung kann unser Volk nun wieder gemeinsam die Zukunft gestalten. Unser in diesem Jahrhundert so geschundener Kontinent wächst in einem geeinten Europa zusammen. Deutschland hat große Chancen für die Zukunft. Forschung und Technik sind hoch entwickelt, die Menschen in unserem Land sind gut ausgebildet und motiviert.

Wir verfügen über ein weiteres wichtiges Kapital in unserem Land: den sozialen Frieden. Hieran haben starke Gewerkschaften einen entscheidenden Anteil. Die CDU wird auch in Zukunft den vertrauensvollen Dialog mit den Gewerkschaften pflegen. Ich bin sicher, wenn wir mit Begeisterungsfähigkeit, mit Gemeinsinn und dem Willen zu gelebter Solidarität an die vor uns hegenden Aufgaben herangehen, hat unser Land eine gute Zukunft.